

b) Anregung des Abschlusses eines Staatsvertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Hessen

Auch den Abschluss eines Staatsvertrages zur Kostenregelung für hessische Kinder an Mainzer weiterführenden Schulen mit dem Land Hessen halten wir aufgrund der oben geschilderten, bereits vorhandenen Regelungen des Finanzausgleiches für nicht möglich. Somit halten wir auch Sondierungsgespräche mit dem Land Rheinland-Pfalz für nicht erfolgversprechend.

Mainz, 15. Februar 2011



Kurt Merkator
Beigeordneter